

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

27.6.1931 (No. 147)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung
Karlsruher Straße 14
Telefon Nr. 353
und 354
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. E. N. D.
Karlsruhe

Wegzugspreis: Monatlich 3,25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanzwöchiger Vertreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neue badische Regierung

Dreiparteienkoalition: Wittmann, Schmitt, Maier, Mattes

Die Verhandlungen über die Regierungserweiterung in Baden sind am Freitag zum Abschluß gelangt, nachdem die Sozialdemokraten der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition zugestimmt haben. Die neue Regierung wird sich nach den Vorschlägen der nunmehrigen Koalitionsparteien wie folgt zusammensetzen:

- Wittmann (Zentr.): Justiz und Staatspräsident (bisher Inneres),
 - Dr. Schmitt (Zentr.): Kultus und Unterricht (bisher Finanzen),
 - Außerdem stellt das Zentrum einen Staatsrat, der noch benannt wird.
 - Abg. Emil Maier-Heidelberg (Sozdem.): Inneres (zur Zeit 1. Vizepräsident des Landtags),
 - Abg. Hücker (Sozdem.): Staatsrat,
 - Abg. Dr. Mattes (D. Vp.): Finanzen.
- Der seitherige Justiz- und Kultusminister Dr. Kemmle (Sozdem.) tritt zurück.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Badischen Landtags, die am Dienstag, den 30. Juni, nachm. halb 4 Uhr stattfindet, steht als erster Punkt die Wahl der Minister und Staatsräte. Darauf wird das Haus zur Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters schreiten. Ferner wird die Wahl des 1. Vizepräsidenten des Landtags erfolgen. Die Sozialdemokratische Fraktion schlägt für diesen Posten den Landtagsabgeordneten Georg Reinhold vor. Für Mitte nächster Woche ist auch das Spargutachten zu erwarten.

Erklärung des Zentrums

Die „Badische Zentrumskorrespondenz“ teilt mit: „Die Badische Zentrumsregierung hat seit langen Jahren immer das Ziel verfolgt, die Regierung in Baden auf eine möglichst breite Basis zu stellen und keine Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht und gewillt ist, mitzuarbeiten, bei der Gestaltung des Staatswillens auszuschließen. Darum richtete sich ihr Bestreben vor allem darauf, die sogenannte Große Koalition, bestehend aus Zentrumsregierung, der Sozialdemokratie, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei aufzulösen. In den Jahren 1925 und 1929 ist dieses Bestreben gescheitert. Die Gründe dafür sind in der Öffentlichkeit genügend dargelegt worden. Seitdem hat das Zentrum immer und immer wieder seine Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen über die Erweiterung der im November 1929 gebildeten Zweiparteienkoalition einzutreten. Diese Verhandlungen kamen Ende April, anfangs Mai in Fluß. Der Einladung der Zentrumsregierung zu Verhandlungen hat die Deutsche Volkspartei Folge geleistet, während die Staatspartei (Dem. Partei) nach wochenlangem Schweigen abgelehnt hat. Darauf haben Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei die Verhandlungen unter sich aufgenommen, die zu einem positiven Ergebnis geführt haben, dahingehend, daß die drei Parteien die Verantwortung für die badische Politik zu tragen entschlossen sind und die Regierung zu bilden gewillt sind.“

Die Verteilung der Ministerien soll in der Weise erfolgen, daß vom Zentrum befehlet werden soll das Staatspräsidium, das Justizministerium und das Kultusministerium, von der Sozialdemokratie das Ministerium des Innern, von der Deutschen Volkspartei das Ministerium der Finanzen. Zum Stimenausgleich erhalten das Zentrum und die Sozialdemokratie je einen Staatsrat.

Das Zentrum beabsichtigt, als Staatspräsidenten und Justizminister den bisherigen Minister des Innern, Josef Wittmann, und als Kultusminister den bisherigen Finanzminister Dr. Josef Schmitt, die Sozialdemokratie an Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden bisherigen Kultusministers Dr. Kemmle zum Minister des Innern den bisherigen Staatsrat Emil Maier und die Deutsche Volkspartei zum Finanzminister den Herrn Abg. Dr. Mattes vorzuschlagen.

Als besonders erfreuliche Tatsache dürfen wir feststellen, daß der vom Parteichef Dr. Baumgartner gemachte Vorschlag, die beiden außerordentlich bewährten bisherigen Zentrumsminister wiederzuwählen, von der Fraktion nach eingehender Besprechung der vom Herrn Staatspräsidenten Wittmann geltend gemachten Ablehnungsgründe einstimmig angenommen worden ist.“

Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion

Die Sozialdemokratische Fraktion begründet ihre Stellungnahme in folgender Entschließung: „Seit der Staatsumwälzung ist die badische Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion war einer Erweiterung der Regierung grundsätzlich nie abgeneigt. Sie hält auch heute noch die Bildung der sogenannten Großen Koalition für das zweckmäßigste, Mangelnde Verantwortlichkeit jedoch und politische Kurzichtigkeit sind die Gründe, welche die Demokraten veranlaßten, einer solchen von ihnen selbst erstrebten Regierungsbildung fernzubleiben. Die Stellung der Demokraten kann aber die Politik der Sozialdemokratie nicht beeinflussen. Sie lehnt es ausdrücklich ab, ihre Stellungnahme von derjenigen einer anderen Partei abhängig zu machen. Dagegen würdigt sie die gegen eine Erweiterung der Regierung in der gegenwärtigen Zeit angeführten Gründe. Trotzdem glaubt die Sozial-

Letzte Nachrichten

Die außenpolitische Lage

Chefbesprechung über die Reparationsfrage
GMB, Berlin, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, fand in der Reichskanzlei heute vormittag, gleich nachdem der Kanzler von der Eröffnung der Bantierstagung zurückgekehrt war, eine Chefbesprechung statt, in der die außenpolitische Situation durchgesprochen wurde, die durch die französische Antwort an Amerika gegeben ist. In politischen Kreisen war man zurückhaltend, um zunächst abzuwarten, wie die für heute nachmittag vorgesehenen Verhandlungen Wellons mit der französischen Regierung verlaufen werden. Irgegendwelche Äußerungen sind von Seiten der deutschen Regierung unter keinen Umständen zu erwarten, bevor das Ergebnis dieser Verhandlungen vorliegt.

Um den Hooverplan

Heute Beginn der Pariser Verhandlungen
Die französische Antwort auf Hoovers Vorschlag wurde am Freitag in Washington veröffentlicht und ihr Wortlaut auch in der französischen Kammer verlesen. In einem Communiqué gibt Stimons seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Frankreich bereit ist, für ein Jahr auf sämtliche deutschen Zahlungen zu verzichten. Mehr habe Hoover nicht vorgeschlagen; insbesondere habe ihm eine Revision der internationalen Schuldenverträge, einschließlich der mit Amerika geschlossenen, ferngelegen. Da bereits mehrere Mächte Hoovers Plan zugestimmt hätten und der 1. Juli nahe sei, seien Mellon und Edge bemüht, mit der französischen Regierung zu einer möglichst schnellen Einigung zu gelangen.

Im Staatsdepartement wurde Wert darauf gelegt, zum Communiqué Stimons festzustellen, daß die amerikanische Regierung weder nachgegeben habe, noch ein Kompromiß schließen wolle, sondern nach wie vor darauf bestehe, das Hoovers Plan, völliger Verzicht auf alle deutschen Reparationszahlungen für die Frist eines Jahres, durchgeführt werde. Man hoffe, daß Frankreich im Interesse der Befreiung der Weltkrise einen Weg finden werde, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen.

Wie Havas berichtet, werden die französisch-amerikanischen Verhandlungen heute Samstag nachmittag, beginnen, und zwar wird Ministerpräsident Laval um 15 Uhr den amerikanischen Schatzsekretär Mellon, den amerikanischen Vizepräsidenten, Außenminister Briand, Finanzminister Haudin und Budgetminister Pietry empfangen.

W.D. London, 27. Juni. (Tel.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ erklärt, die französische Anregung, die 24 Millionen Pfund Sterling ungeschützter Zahlungen zu krediten nicht nur an Deutschland, sondern auch an andere mitteleuropäische Staaten zu geben, stelle eine Abweichung von dem Hoover-Plan dar, die zu schwerwiegend sei, als daß sie für die amerikanische Regierung annehmbar sein könnte. Um diese Klausel würden sich die Verhandlungen Wellons bewegen und auch Stimons werde sich damit befassen, wenn nicht bis zu seiner Ankunft in Europa eine Einigung erzielt sein sollte. Das Staatsdepartement sei äußerst optimistisch bezüglich der Aussicht, Frankreich zu einer Wänderung seines Vorbehalts bewegen zu können.

Verbot des Nationalsozialistischen Presseendienstes. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 hat der Polizeipräsident in Berlin den in Berlin erscheinenden Nationalsozialistischen Presseendienst, Ausgabe A vom 22. Juni einschließlich der Kopflätter mit sofortiger Wirkung bis zum 18. Juli einschließlich verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist. In dem Nationalsozialistischen Presseendienst vom 22. Juni 1931 ist durch den Gesamtinhalt des Artikels auf Seite 5 „Heraus mit Klaus Heim“ eine Verherrlichung der im Jahre 1930 verübten Bombenattentate zu erblicken.

Vertagung des Prozesses Franzen. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die auf heute, Samstag, vormittag angesetzte Verhandlung gegen den braunschweigischen Minister Franzen wegen Begünstigung in der bekannten Angelegenheit des Landwirts Gutz verlagert werden müssen. Die Vertagung ist auf eine schwere Herzattacke des Verteidigers Dr. Saß zurückzuführen. Der Prozeß wird nunmehr am 11. Juli verhandelt werden.

demokratische Landtagsfraktion, daß dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung besser gedient ist, wenn die Sozialdemokratie auch künftig in der durch die Liberalen erweiterten Koalition verbleibt. Dabei unterstellt sie, daß die bisherige politische und soziale Linie in vollem Umfang beibehalten bleibt.“

* Zur politischen Lage

Frankreich und das Moratorium

Die Skepsis, mit der der Besuch des deutschen Reichskanzlers in Chequers zunächst beurteilt worden ist, ist sehr rasch einer anderen Einschätzung gewichen, als man von der Botschaft Hoovers erfuhr. Diese Botschaft ist zweifellos eine historische Tat. Vergessen wir aber nicht, daß sie hervorgerufen wurde durch die nachdrücklichen Vorstellungen, welche der Reichskanzler und der Reichspräsident (dieser in einem besonderen Schreiben an Hoover) gemacht haben, Vorstellungen, deren Eindruck sich eigentlich nur derjenige entziehen kann, der bewußt Deutschlands wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch wünscht. Unter der Wucht der deutschen Darlegungen haben sich die englischen und amerikanischen Staatsmänner in überraschend kurzer Zeit verständigt, und so ist der Hooversche Plan eines einjährigen Weltmoratoriums zustande gekommen.

Natürlich hat bei alledem die Sorge um die eigenen Interessen sehr erheblich mitgesprochen. Wenn die englische und die amerikanische Wirtschaft nicht selber an dem Wiederaufkommen Deutschlands interessiert wären, hätte man kaum einen Finger für uns gerührt. Aber das ist ja gerade das Charakteristikum der modernen Weltwirtschaft, daß sie alle Nationalwirtschaften in engste Beziehung zueinander setzt. Es kann heute gar nicht mehr anders sein, als daß die Leiden des einen Teiles auch von den anderen Teilen irgendwie mit empfunden werden. Es wäre gut gewesen, wenn man drüben diese Tatsache schon viel eher richtig erkannt und nach dieser Erkenntnis gehandelt hätte. Dann wäre es erst gar nicht soweit gekommen. Dann hätte man uns vor allem nicht Zahlungsverpflichtungen aufgebürdet, die völlig sinnlos sind.

Jedenfalls ist das einjährige Weltmoratorium Hoovers als ein großer Fortschritt zu bezeichnen. Die Frage ist jetzt die, ob Frankreich den Vorschlag akzeptieren wird oder nicht. Die anderen beteiligten Staaten haben ja bereits zugestimmt. Frankreich will den Versuch machen, für sich eine Sonderbehandlung herauszuschlagen, in der Weise, daß der ungeschützte Teil der Annuität aus dem Bereich des Moratoriums herausbleibt. Die französische Regierung hat ein dementsprechendes Schreiben nach Washington gerichtet, und die Kammer hat es gebilligt.

Hoover steht nun allerdings auf dem Standpunkt, daß das Moratorium nur dann einen Zweck hat, wenn es so angenommen wird, wie es vorgeschlagen wurde. Diplomatische Unterhandlungen braucht dieser Standpunkt nicht auszuschließen. Aber in richtiger Erkenntnis der Lage drängen die Amerikaner auf eine schnelle Entscheidung.

Ein französisches Chequers

Reichskanzler Dr. Brüning hat nun in dieser Woche einen Schritt getan, der zweifellos von dem Bestreben diktiert wurde, die Situation für eine Einigung mit Frankreich zu erleichtern. Er hat in einer Rundfunkrede betont, daß, da bei allen Maßnahmen zur Befriedung und Sanierung Europas die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland die ausschlaggebende Rolle spielen, es am besten wäre, wenn „Frankreich und Deutschland in offener Aussprache den Weg frei machen würden für eine großzügige, praktische Zusammenarbeit der beiden Länder“. Der Reichskanzler sagte weiter, er würde es begrüßen, wenn sich baldigt für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neuerlich die Zusammenkunft in Chequers für Deutschland und England ergeben hat. Man solle das Abereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen Frankreichs und Deutschlands in den Vordergrund stellen. Dazu sei es notwendig, über Verstimmungen des Augenblicks hinweg vorwärts zu denken und alles zu tun, um die Aktion Hoovers ihrem verdienten Erfolg zuzuführen.

Wie gemeldet wird, will die französische Regierung nunmehr den Reichskanzler nach Paris einladen, und zwar schon in allernächster Zeit. Man nennt das Datum des 4.—6. Juli. Gleichzeitig lesen wir, daß Amerika von sich aus bereit ist, Frankreich die Zustimmung zu dem Vorschlag Hoovers zu erleichtern. Dazu hätte das finanzgewaltige Amerika sicherlich manches Mittel in der Hand. Für uns ist und bleibt die Hauptfrage ja die, daß wir ein wirkliches umfassendes Moratorium erhalten, einen

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 51. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Zahlungsausschub, der sich auf die gesamte Annuität bezieht, so, wie es der Vorschlag Hoovers vorsieht. Und Amerika ist offenbar derselben Ansicht.

Der französische Gegenplan

Frankreich hat inzwischen seinerseits einen Gegenplan gemacht, der jetzt im Mittelpunkt der Diskussion steht. Der Vorschlag geht dahin, daß der ungeschützte Teil der Annuitäten aus dem Bereich des Moratoriums herausgenommen, der betreffende Betrag von Deutschland in Reichsmark gezahlt, dann aber Deutschland wieder leihweise zur Verfügung gestellt wird.

Deutschland würde also 660 Millionen Reichsmark zu zahlen haben — es ist das die Summe, deren Aufbringung der Reichsbahn obliegt —, und man würde uns dann unter der Führung Frankreichs bzw. der französischen Bankwelt eine Anleihe von etwa 500 Millionen bewilligen. Der Vorschlag böte für Frankreich zwei Vorteile: Erstens würde es bei den Anleiheverhandlungen mit Deutschland, auf die Paris ja schon lange hinsteuert, führend in Erscheinung treten, und sich damit auch für späterhin einen ganz bestimmten Einfluß sichern, wie es sich ihn auch Österreich gegenüber gesichert hat; und zweitens würde man ein glänzendes Zinsgeschäft dabei machen. Für Deutschland wäre die Sache so, daß es nicht nur die 660 Millionen zahlen, sondern noch für 500 Millionen neue Zinsverpflichtungen übernehmen müßte!

Der Vorschlag macht der geschäftlichen Gerissenheit Frankreichs alle Ehre. Aber für uns ist er in dieser Form unannehmbar. Und wir können uns auch kaum denken, daß Amerika diesen Vorschlag in Erwägung ziehen wird.

Frankreichs Druck auf Österreich

Inzwischen sind sehr interessante Aktienstücke veröffentlicht worden, die der ganzen Welt zeigen, wie Frankreich Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um Österreich auf dem Umweg über die Finanzen von Deutschlands Seite loszulösen und ganz und gar dem französischen Einfluß zu unterwerfen. England ist bekanntlich eingesperrt, um diese französischen Manöver zu durchkreuzen. Aber die englische Hilfe kann wohl nur eine vorübergehende sein. Frankreich bleibt weiter auf der Lauer. Sein Ziel ist ganz klar. Und zufällig ist es in diesem Falle das gleiche, wie das Italiens: Österreich soll unter allen Umständen von dem Gedanken der Zollunion abgebracht und Deutschland entfremdet werden. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik Österreichs ist leider auch im Zeichen der neuen Regierung Buresch so beschaffen, daß man von ihr eine Sanierung aus eigener Kraft kaum erhoffen darf. Vor allem zögert man in Österreich noch immer, jene Sparpolitik einzuleiten, wie sie bei uns in Deutschland durch das Kabinett Brüning begonnen worden ist.

Die Notverordnung

In seiner Kundfunkrede hat der Reichskanzler betont, daß die Regierung an ihrer Notverordnung festhalte, daß sie jedoch bereit sei, Härten und besonders drückende Bestimmungen abzuändern, falls diese nicht das finanzielle Gesamtergebnis der Notverordnung gefährden. Einzelne solcher Abänderungen sind bereits beschlossen worden, so vor allem in bezug auf die jugendlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren, die nunmehr in der Arbeitslosenversicherung verbleiben sollen, deren Bedürftigkeit aber unter Berücksichtigung der Familienunterhaltspflicht genauer überprüft werden soll. Sicher wird diese Abänderung ganz bestimmte Ausfälle bedingen, und auch die nach Ansicht Berlins notwendige Einstellung neuer Beamtenhilfskräfte zur Prüfung jener Bedürftigkeit wird neue Kosten verursachen. Aber wahrscheinlich hofft man an anderer Stelle das Fehlende wieder einbringen zu können.

Jedenfalls ist und bleibt die Lage vor allem für die Länder und Gemeinden auch nach der Notverordnung noch völlig ungeklärt. Auch das hat der Reichskanzler in seiner Kundfunkrede ausdrücklich betont. Das Sinken der Einkommen und Löhne im Jahre 1931 werde dazu führen, daß im Jahre 1932 erst die volle Wucht der Steueranfälligkeit die Haushalte von Reich, Länder und Gemeinden belasten wird. Dazu komme die aktuelle Gefahr, die wir in den vergangenen zwei Jahren wiederholt durchlebt haben, daß im Verfolg einer Reihe von wirtschaftlichen Vorgängen sich eine ungeheure Unruhe bemerkbar machte und aus dieser Unruhe heraus vom Auslande die gewaltigen Mengen kurzfristiger Kredite plötzlich abgezogen wurden. Mit einem Schlage habe sich dann immer wieder in ihrer ganzen Größe die allen Sachleuten bekannte bedenkliche Tatsache gezeigt, daß die deutsche Wirtschaft in den Jahren der Scheinblüte zu einem erheblichen Teil mit inländischen und ausländischen Mitteln aufgebaut wurde, die nur auf kurze Zeit gestellt oder in Unternehmungen investiert sind, aus denen sie nicht von heute auf morgen herausgezogen werden können. Der Versuch, der nunmehr zum dritten Male gemacht wurde, große Teile dieser kurzfristigen Kredite plötzlich aus Deutschland abzurufen, habe den Sturm, der heute als beschworen angesehen werden kann, herbeigeführt. Dieser Sturm habe aber gleichzeitig die Verbundenheit der Weltwirtschaft in positivem und negativem Sinne vor Augen geführt. Der Glaube jedoch, daß nach Annahme des Hoover'schen Vorschlages alle Nöte in Deutschland beseitigt wären, wäre die gefährlichste Illusion, in die sich das deutsche Volk hineinwiegen könnte. Das sind Sätze, denen wir nur aus vollster Überzeugung zustimmen könnten.

Bildung einer neuen Koalition in Baden

Die badischen Demokraten sind trotz des Juredens von sozialdemokratischer Seite bei ihrem, den Eintritt in die Koalition ablehnenden Standpunkt geblieben. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion sah sich sonach vor die Frage gestellt, ob sie ohne Rücksicht auf den Beschluß des Landespartei Ausschusses die Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei in die Koalition weiterhin befürworten und akzeptieren wolle, oder ob sie in Übereinstimmung mit dem Landespartei Ausschuß diese Koalition zwischen Zentrum, Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei verwerfen und damit das Auseinanderfallen der bisherigen Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie riskieren wolle. Die Landtagsfraktion hat sich für das erstere entschieden. Und, wie aus den Äußerungen der maßgebenden Blätter der Partei zu entnehmen ist, wird dieser Entschluß der Fraktion zweifellos Verständnis finden, mag die Abneigung gegen die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei auch heute noch in weiten Kreisen der badischen Sozialdemokratie die gleiche sein.

Die Ministerien sollen nach der Übereinkunft der Parteien der neuen Koalition folgendermaßen besetzt werden: Staatspräsidium und Justiz mit Herrn Bittmann, Kultus und Unterricht mit Herrn Schmitt, Finanzen mit Herrn Mattes, Inneres mit Herrn Maier-Heidelberg. Die Sozialdemokratie stellt einen Staatsrat, Herrn Küfker, das Zentrum gleichfalls einen Staatsrat, dessen Person noch benannt werden wird.

Bank- und Bankiertagung in Berlin

Ansprachen Brünings und Luthers

WTB. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Die erweiterte Ausschussung des Verbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in Berlin, die heute im Herrenhaus abgehalten wurde, wurde durch den Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Georg Solmsen, eröffnet. Er begrüßte u. a. vor allem den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, ferner Oberbürgermeister Dr. Sahm sowie die anwesenden ausländischen Berufsgenossen, darunter die Bankvereinigungen der Schweiz und Dänemarks.

Reichskanzler Dr. Brüning erklärte in einer Rede, erfreulich sei es, daß der Hoover-Plan das Vertrauen ausbreite, daß Deutschland von den Erleichterungen, die ihm gemacht werden sollen, den richtigen Gebrauch machen würde. Diese Erleichterungen müßten, so führte Dr. Brüning aus, zu einer inneren Erstarung der Wirtschaft führen, die eine gesunde Finanzpolitik der öffentlichen Körperschaften voraussetze. Unter diesen Gesichtspunkten müßten vornehmlich die in der Notverordnung getroffenen Maßnahmen verstanden werden. Eine gesunde Sozialpolitik sei nur möglich, auf dem sicheren Boden stabiler wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen. Die Reichsregierung habe sich nicht geteilt, Fehler der Vergangenheit auf sich zu nehmen und eigene einzugehen. Das müsse auch von der privaten Wirtschaft und vor allem von seinen der Organisationen geschehen. Die Kritik, die darauf gerichtet sei, die Produktion nur durch Lohnsenkungen zu fördern, könne jedoch keine Erstarung bringen. Man müsse der kurzfristigen Verschuldung entgegenwirken. Wir stehen in einer Zeit, in der es notwendig sei, eine großzügigere Auffassung von der Idee des Kapitals herbeizuführen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther schilderte dann die Wechselwirkung zwischen dem wirtschaftlichen Geschehen und den Vorgängen bei der Reichsbank seit Ende 1929. Obwohl der Gold- und Devisenverlust der Frühjahrperiode wieder mehr als eine Milliarde Reichsmark betrage, gehe aus der bisherigen Entwicklung aber mit Bestimmtheit hervor, daß die Reichsbank auf jeden Fall imstande ist, die deutsche Währung mit Erfolg zu verteidigen. Die Reichsbank wird diese ihre eigentliche Aufgabe keinen Augenblick vernachlässigen, da, welche Schwierigkeiten bei Regierung und Wirtschaft auch noch zu überwinden sein mögen, die Voraussetzung jeder Wiedergenesung die Stabilität der Währung ist. Nicht ist töricht, als das hier und da auftauchende Gerücht von einer neuen Inflation. Eine andere Schlussfolgerung ist die, daß die Bewahrung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft vor weiterer schwerer Not nur von der politischen Seite herkommen kann.

Das Hauptreferat der Bankiertagung erstattete der Präsident des Verbandes, Dr. Georg Solmsen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Notwendigkeit der Förderung nationaler Kapitalbildung. Nach seiner Ansicht bedürfen vier Grundprobleme einheitlicher reformatorischer Behandlung: 1. muß die Ausgabenwirtschaft des Staates sich nach der Einnahmeseite richten; 2. muß die Grenze zwischen staatlicher Verwaltung und staatlicher Wirtschaftstätigkeit gezogen werden; 3. muß als Voraussetzung des Bestandes der Wirtschaft ihre Ertragsfähigkeit gewährleistet sein; 4. muß ergänzend der allmähliche, möglichst weitgehende Aufbau der eigenen Nahrungsmittelproduktion hinzutreten.

Kleine Chronik

Die beiden amerikanischen Flieger Post und Gatty, die am Freitag früh um 5 Uhr in Moskau starteten, überflogen die Stadt Dniss um 14.5 Uhr und landeten in Nowosibirsk um 16.30 Uhr. Heute, Samstag, kurz vor 12 Uhr mittags (6 Uhr früh MEZ.) sind die Flieger in Irkutsk eingetroffen.

In Dieburg (Hessen) erteilte der dort bei seinen Eltern wohnende, zur Zeit hellenlose Chemiker Dr. Krefz dem Sohn des Bahnhofsmeisters Hellwig Nachhilfunterricht. Nach Schluß der Stunde kam die 13jährige Tochter des Vaters ins Zimmer. In diesem Augenblick streckte Dr. Krefz das Mädchen durch zwei Schüsse in die Brust nieder, wobei er rief: „Verzeih mir, Edith!“ Dann erschöpf er sich selbst. Das Motiv ist noch nicht geklärt.

Die Untersuchung der Bestechungsfälle auf Berliner Kennbahnen haben zu weiteren Verhaftungen geführt. Die ersten Festnahmen erfolgten nur auf der Rennbahn Karlshorst, jetzt sind auch in Grunewald, Ruhleben und Mariendorf Verhaftungen im Gange. Die Verhaftungen betreffen auch hier darin, daß Polizeibeamte wilde Buchmacher über das Auftreten von Kriminalpolizisten vorher informiert hatten.

In der Schneidemühle von Dr. Ostf. & Co. in Allenstein (Schpreußen) brach ein Riesenseuer aus, das die Mühle vollkommen vernichtete, sowie einen in der Nähe befindlichen Silo, der mit Getreide gefüllt war.

Die französische Antwort

Zustimmung der französischen Kammer

WTB. Paris, 27. Juni. (Tel.) Nachdem in der Nacht die französische Kammer Ministerpräsident Laval den Standpunkt der Regierung und verschiedene andere Redner die Stellungnahme ihrer Fraktionen präzisieren hatten, wobei Léon Blum ankündigte, daß er und seine Freunde für die Regierung stimmen werden, wurde zur Abstimmung geschritten über die Tagesordnung Fougère, für die Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage stellte. Die Tagesordnung wurde mit 386 Stimmen für und 189 Stimmen gegen die Tagesordnung angenommen.

Die von der Regierung gebilligte und von der Kammer angenommene abgeänderte Tagesordnung Fougère lautet: „Die Kammer billigt die Antwort der französischen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie rechnet damit, daß die Regierung die Unantastbarkeit der im Haag von sämtlichen Signatarmächten des Youngplans angenommenen ungeschützten Annuitäten sowie die Notwendigkeit einer Politik des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sichern wird. Sie lehnt jeden Vorschlag ab und geht zur Tagesordnung über.“

In der Nachtigung nahm kurz vor der Abstimmung Ministerpräsident Laval das Wort. Er führte u. a. aus, die Regierung hätte eine energische Note gemäß dem Reflex eines Volkes, das so viel gelitten habe, und das sein Recht nicht verscherzt wissen wolle, aufheben können, er sei aber nicht sicher, daß man damit gut getan hätte. Hätte man etwa kurzerhand den Vorschlag Hoovers ebenso annehmen sollen, wie die anderen Großmächte es bereits getan haben? Die Kammer würde das nicht zugelassen haben. Amerika habe übrigens sein Ultimatum an Frankreich gerichtet. Auf den Appell des Reichskanzlers antwortete er, Briand habe Herrn von Hoegh gesagt, daß die französische Regierung Dr. Brüning sowie Dr. Curtius bitten möge, so schnell wie möglich nach Paris zu kommen. Er wisse auch, wie er mit Brüning zu sprechen haben werde. Die heiligen Rechte Frankreichs würden verteidigt werden. Als Frankreich sich 1926 in einer noch viel kritischeren Lage befunden habe, als Deutschland heute, habe man nicht an auswärtige Hilfe appelliert. Frankreich habe sich die notwendigen Opfer auferlegt. Deutschland erlebe schwierige Lage. Es werde in Frankreich unter gewissen Bedingungen die notwendige Unterstützung finden. Zwischen der Stahlhelm-Fundgebung und den gegenwärtigen Forderungen bestehe ein großer Widerspruch. Die Regierung werde dem Reichskanzler weiter sagen, daß Frankreich entschlossen sei, Deutschland zu Hilfe zu kommen unter der Bedingung, daß die 10 Milliarden, um die das deutsche Budget erleichtert werden würde, nicht zu Auflagen gegen Frankreich oder gegen den Frieden dienen. (Beifall.) Um ihre Pflichten erfüllen zu können, werde die Regierung gegenüber dem Reichskanzler keine Sprache führen, die der Würde des deutschen Volkes Abbruch tut.

Wie Habas berichtet, soll Ministerpräsident Laval in den Verhandlungen der Kammer bekräftigt haben, daß jede Abänderung am Youngplan notwendigerweise die Ratifizierung durch das Parlament erfordere.

Aus der Note Frankreichs

Zu Beginn der gestrigen Kammereröffnung, die unter außerordentlich starkem Andrang stattfand, verlas Ministerpräsident Laval die Antwortnote der französischen Regierung. Eingangs wird die Überraschung Frankreichs über den Vorschlag betont und erklärt, daß Frankreich sich mit den hochherzigen Gefühlen, die diesen Vorschlag inspiriert hätten, einverstanden erkläre. Wenn die französische Regierung mehr wie jede andere für eine Wirtschaftsausgleichung sei, so müßte sie doch an die Opfer erinnern, die Frankreich schon gebracht habe und noch bringen müsse. Die französische Regierung sei bereit, das französische Parlament in dieser wichtigen Angelegenheit zu befragen.

Die Zahlung der ungeschützten Annuitäten durch Deutschland aussetzen und dennoch zulassen, daß der Zinsendienst für die beim Publikum untergebrachte Younganleihe fortgesetzt wird, würde — so heißt es in der Note — einen fundamentalen Grundsatz und einen ausdrücklichen Bestimmung direkt zuwiderlaufen. Während der vorgeschlagenen Frist dürften deshalb die Zahlungen der ungeschützten Annuitäten keinesfalls ausgesetzt werden. Die französische Regierung sehe in allgemeiner Auslegung der Zahlungen kein genügendes Seilmittel. Die Lösung der deutschen Krise scheine nicht nur in einer Herabsetzung der Lasten des Reichsbudgets, sondern auch in einer Erweiterung des Kredits zu liegen, deshalb erklärt sich die französische Regierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Parlamentes, bereit der WZ, die ihrem Anteil an der nichtaufschiebenden Annuität entsprechende Summe für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, ausgenommen die Beträge, die für die laufenden Sachlieferungen notwendig sind. Die so an die WZ geschickten Beträge könnten dann Deutschland und den übrigen Weltmächten im Notfall zu ihrer finanziellen Sanierung zugute kommen.

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß Frankreichs öffentliche Schuld viermal so groß sei, wie die Deutschlands, und daß es trotzdem bereit ist, mit Amerika an Rettungsmaßnahmen in einer für ernst gehaltenen Krise zusammenzuarbeiten.

Aus der Debatte

In der Kammer sprachen zunächst die verschiedenen Interpellanten. Louis Marin erklärte, daß man allein von Frankreich große Opfer fordere. Wenn man nicht rigorose Garantien für den Zahlungsausschub fordere, werde der Youngplan erledigt sein. Finanzminister Flandin erklärte, die Regierung sei einmütig der Ansicht gewesen, daß Frankreich auf die Zahlung des ungeschützten Teiles durch Deutschland nicht verzichten könnte. Dieser ungeschützte Annuitätenteil stelle nur 6 Proz. des gesamten Reichsbudgets dar. Der radikale Abg. Gote hielt darauf eine Rede, die als die bedeutendste der ganzen Sitzung bezeichnet wird. Man müsse ablehnen oder verhandeln. Ablehnen könne man nicht. Würde eine Katastrophe Deutschlands nicht eine europäische Katastrophe nach sich ziehen? (Beifall links.) Er bedauere sehr, daß die Initiative nicht von Frankreich ausgegangen sei, doch er hoffe, daß die Regierung für eine Verständigung stimmen werde. Er bedauere, daß eine deutsch-französische Ministerausrede nicht durch Frankreich beantragt worden sei. Der Abg. Thébaud (Radikal) bezeichnete es als eine ungeheure Verantwortung, Hoovers Vorschlag zu verwerfen. Man müsse ihn vielmehr als große Hoffnung begrüßen. Frankreich habe zu wählen zwischen einer moralischen Blockade und einem äußersten Versuch, den europäischen Frieden wiederherzustellen. Franlin Bouillon kündigte an, daß er für den Vorschlag Hoovers und gegen den französischen Plan stimmen werde.

In der Nachtigung der Kammer stellte der sozialistische Abg. Léon Blum einen Antrag, in dem es u. a. heißt, zwischen dem deutschen Reichskanzler und der französischen Regierung müsse eine Aussprache stattfinden.

Hierauf interpellierte der Radikal Bergin über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke. Die jetzige Regierung trage nur eine pazifistische Maske und betreibe in Wirklichkeit die Politik des Generals Wegand. Brüning habe an das deutsche Volk eine eindrucksvolle Botschaft gerichtet. Er verlange eine offene Aussprache über alle beide Staaten trennende Fragen. Man dürfe in Europa den Geist der Unbehilflichkeit nicht nähren, sondern eine neue Welt schaffen.

Aus den Ländern

Uniformverbot in Bayern. Mit Rücksicht auf die für den 28. und 29. Juni in verschiedenen Orten Bayerns geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen ist an den genannten Tagen für alle politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen verboten worden.

Einmonatiges Versammlungsverbot in Hessen. Der hessische Minister des Innern hat durch eine Verfügung angeordnet, daß in der Zeit vom 6. Juli bis zum 9. August d. J. einschließliche öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel stattfinden dürfen. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß die hessische Bevölkerung, sowie die Polizei, seit den Reichstagswahlen im Sept. 1930 nicht mehr zur Ruhe gekommen seien. Mit Rücksicht auf die im Herbst d. J. stattfindenden hessischen Landtagswahlen soll daher eine fünfmonatige Unterbrechung der politischen Tätigkeit eintreten.

Der abgelehnte Anschluß an Preußen. Nachdem sich bei der Aussprache über die Anschlußvorlage der Mecklenburg-Strelitzer Regierung am Donnerstag und Freitag herausgestellt hatte, daß eine Zweidrittelmehrheit für den Anschluß des Landes an Preußen nicht erreicht werden würde, hat die Strelitzer Regierung die Anschlußvorlage zurückgezogen. Es hat deswegen eine Abstimmung über den Anschluß nicht stattgefunden. Der Anschluß selbst ist nach dem Ergebnis der Landtagswahl als gescheitert anzusehen. Mecklenburg-Strelitz wird also das Anschlußangebot Preußens ablehnen.

Kurze Nachrichten

In dem Lohnstreit im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 20. Juni 1931 für verbindlich erklärt. In der Begründung heißt es, daß sich der Minister der drängenden wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus bewußt sei. Bei den derzeitigen Arbeitsverhältnissen, insbesondere bei der großen Zahl von Feierschichten und der sich aus der Notverordnung ergebenden Belastung der Bergarbeiter sei aber eine weitere Verminderung ihres Arbeitseinkommens zurzeit nicht möglich. Auch im ober-schlesischen Steinkohlenbezirk haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Verlängerung der bisherigen Lohnregelung aus freiem Entschluß vereinbart. Die Verlängerung der bisherigen Lohnregelung sei nur für einen Zeitraum von drei Monaten vorgesehen, und nach dieser Zeit könne eine neue Beurteilung der Lage stattfinden.

Milchkrieg in Göttingen. Der Protest gegen den Milchzwang in Göttingen nimmt entsetzende Formen an. Es sind 1700 Unterschriften gesammelt worden, die sich gegen den Milchzwang aussprechen. Die Polizeidirektion hat inzwischen das weitere Sammeln von Unterschriften verboten mit der Begründung, daß dies Aufruhr sei. Man darf gespannt sein, welchen weiteren Verlauf der Milchkrieg nimmt.

Abgabe Dr. Weigelts an die österreichische Kreditanstalt. Das stellvertretende Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, Dr. Kurt Weigelt, hat in Wien mit den zuständigen Stellen über das ihm gemachte Angebot, die Leitung der österreichischen Kreditanstalt zu übernehmen, verhandelt. Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat Dr. Weigelt das ehrenvolle Angebot abgelehnt.

Vereinbarung in der österreichischen Beamtenfrage. Zwischen den Reichsbeamtenparteien und der Regierung ist in Wien in der Beamtenfrage eine Vereinbarung getroffen worden. Danach wird die Besoldungssteuer nach sozialen Grundsätzen unter Erhöhung der höheren Sätze gestaffelt.

Gemeinderendebau

Bürgermeisterwahl in Falkenstein (Amt Freiburg) wurde der bisherige Bürgermeister Bernhard Maier nahezu einstimmig wieder gewählt. Maier, der bereits 27 Jahre die Geschichte der Gemeinde leitet, tritt seine vierte Amtsperiode an.

Annahme des Haushaltsplans. Nach dreieinhalbjähriger Beratung am Freitag nahm der Bürgerausschuß Bruchsal den Voranschlag für 1931/32 an. Nach der Entscheidung des Oberbürgermeisters und der einzelnen Parteiführer wurde ein bloc abgestimmt. Mit 47 Ja gegen 31 Nein stimmten für den Voranschlag Annahme. Dafür stimmten Zentrum (außer 2), Staatspartei, Sozialdemokraten und Cb. Volksdienst (außer 2). Dagegen waren Wirtschaftspartei, Volkspartei, Kommunisten und Nationalsozialisten. Zur Deckung des Defizits wird nun eine Gemeindegrenzerweiterung um 5 Prozent des Kleinhandelspreises, sowie eine 100prozentige Mehrerhebung der Gemeindegrenzsteuer und der Bürgersteuer eingeführt. Zu diesen Neuerungen kommen noch folgende Erhebungen: von je 100 RM Steuerwert für Grundvermögen 115 Pf., für Betriebsvermögen 53 Pf., für Gewerbevermögen 663 Pf. Die allgemeine Verwaltung schießt in den Einnahmen mit 56 110, in den Ausgaben mit 240 380 RM ab, hätte also einen Zuschuß von 184 270 RM nötig. Den größten Anteil daran hat der persönliche Aufwand mit 190 250 RM, was ungefähr den erforderlichen Zuschuß ausmacht. Für öffentliche Straßen, Wege, Plätze und Anlagen figurieren sich 288 580 RM auf der Ausgabe Seite, während auf der Einnahmenseite mit 149 990 RM beinahe nur das fehlt, was die städtischen Werke und der Etat für die Begunterhaltung beisteuern müssen. Das Erträglichste sind die Gemeindebetriebe, die einen Überschuß von 221 120 RM abwerfen. Für die Schulden ergibt sich ein Zuschußbedarf von 246 730 RM, eine Summe, die für eine Stadt wie Bruchsal außerordentlich hoch ist. Davon entfallen auf die Volksschule allein 121 310 RM. Die öffentliche Fürsorge rangiert mit einem Zuschuß von 574 730 RM an erster Stelle des Etats. Der Hauptbetrag ist der Anteil an der gehobenen Fürsorge mit 298 000 RM. Für Erwerbslosenfürsorge werden 104 040 RM auszugeben.

Der Haushaltsplan in Baden-Baden. Der Landeskommissar hat seine Arbeiten zur Ausgleichung des städtischen Etats in Baden-Baden im wesentlichen zum Abschluß gebracht, und er ist zur Bewirklichung einiger Vorschläge geschritten, mit denen beabsichtigt werden soll, die Lücke im Stadthaushalt auszufüllen. Der neugeschaffene Rechnungsprüfungsausschuß, zu dem die Stadträte Weber und Knebel gehören, wird im übrigen in den nächsten Tagen mit seinen Arbeiten beginnen.

Der Wähler Gemeindevoranschlag. Der Bürgerausschuß Bruchsal stimmte dem Gemeindevoranschlag zu, der eine Senkung der Umlage bringt, ferner eine Einschränkung der Ausgaben im Ausmaße von 5 bis 30 Prozent. Auch sind keine neuen Steuern nötig.

Badischer Teil

Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs

P. A. An ersten Bemühungen, den wirtschaftlichen Nutzen des Fremdenverkehrs für ein Land zahlenmäßig zu errechnen, hatte es bisher nicht gefehlt. Derartige Versuche mühten aber regelmäßig scheitern, weil es an zuverlässigen statistischen Unterlagen für den tatsächlichen Umfang des Fremdenverkehrs fehlte. Die seit Herbst 1929 eingeführte amtliche Fremdenverkehrsstatistik für nahezu 300 badische Fremdenverkehrsorte und -plätze bedeutet für Baden hierin einen gründlichen und glücklichen Wandel. Nach Bewertung der letztjährigen statistischen Ergebnisse durch ein soeben vom Badischen Statistischen Landesamt unter dem Titel „Der Fremdenverkehr in Baden“ herausgegebenes Buch, wird der längst erwünschte Überblick über den Umfang des Fremdenverkehrs für das ganze Land endlich verschafft und gewährt.

Zwar wird man zur Berechnung des volkswirtschaftlichen Ertrages des Fremdenverkehrs nach wie vor auf Schätzungen angewiesen bleiben. Immerhin geben die ermittelten Zahlen der im Jahr 1930 als abgelesen ermittelten 1,6 Millionen Fremden mit 53 Millionen Übernachtungen mehrere Anhaltspunkte. Eine Übernachtung nur zu 5 RM berechnet, ergibt hierdurch einen wirtschaftlichen Ertrag von 26,5 Millionen, der zunächst dem Gaststättengewerbe, durch dessen Vermittlung durch verschiedene Kanäle weiterhin der Landwirtschaft, den Bädern, Wäldern und sonstigen Handwerkszweigen, sowie der Kaufmannschaft zugeflossen ist. Rechnet man ferner bei jedem der 1,6 Millionen als abgelesenen gemeldeten Fremden für die gesamte Zeit seines Verbleibens eine weitere Ausgabe von nur 2,50 RM für persönliche Bedürfnisse (Kino, Theater, Kaffee, Vergnügungstätten, Andenken, für Badeanstalten, Fahrkarten, etc.) und dergl., so macht dies ein weiteres Erträgnis von 4 Millionen aus. Insgesamt darf sonach für das driliche Gewerbe mit einem Aufschlag von über 30 Millionen aus dem Fremdenverkehr gerechnet werden.

Für die mehr auf den Verkehr des zahlungskraftigen Auslands eingerichteten Fremdenplätze und Badeorte errechnet sich das Erträgnis natürlich entsprechend günstiger. Nimmt man beispielsweise für Baden-Baden und Heidelberg bei 224 000 bzw. 339 000 Übernachtungen einen durchschnittlichen Logier- und Verpflegungssatz von 10 RM für den Tag an, so ergibt sich für diese Orte eine jährliche Summe von 2,2 bzw. 3,4 Mill. RM, welche die Fremden am Platze gelassen haben.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen

Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dez. 1930, 7. Teil, Kapitel 3 (Gemeinnützigkeitsverordnung) sowie der Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers hierzu hat der badische Minister des Innern eine Verordnung erlassen, die u. a. bejagt:

Der Geschäftsbetrieb einer Genossenschaft soll nicht über einen Anteilsbereich hinausgehen. Die Mindestzahl der Genossen soll betragen in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern 50, in Gemeinden mit über 10 000 bis 100 000 Einwohnern 100 und in Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern 150. Der Geschäftsanteil eines Genossen soll mindestens 200 RM betragen und innerhalb 4 Jahren nach der gerichtlichen Eintragung des Genossen eingezahlt werden. Anerkennungsbehörde ist das Ministerium des Innern. Die Entscheidung des Ministeriums kann durch die Beteiligten (Wohnungsunternehmen und Landesfinanzamt) nur durch Anrufung des Reichsverwaltungsgerichts (Reichswirtschaftsgericht) binnen einem Monat nach Zustellung angefochten werden. Das Rechtsmittel des Rekurses ist nicht gegeben. Beim Inkrafttreten dieser Verordnung bestehende Wohnungsunternehmen, die sich als gemeinnützig bezeichnen oder von den Behörden als gemeinnützig behandelt werden, haben spätestens bis 31. Dez. 1932 ihre Anerkennung als gemeinnützig zu erwirken.

Verein der höheren Verwaltungsbeamten Badens

Der Verein der höheren Verwaltungsbeamten Badens hielt am Sonntag, den 21. Juni 1931 in Baden-Baden seine diesjährige, gutbesuchte Hauptversammlung ab.

Der Vorsitzende, Oberverwaltungsgerichtsrat Kohlmeier, konnte neben den erschienenen Vereinsmitgliedern als Gäste den Direktor der Badener Versicherungskammer Dr. Kubner aus München sowie Oberregierungsrat Mailänder und Regierungsrat Weidlich aus Stuttgart begrüßen.

In dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende über das vergangene Vereinsjahr gab, wurde zu der Reichshilfe und den Gehaltsfürungen durch die Notverordnungen vom 1. Dezember 1930 und 5. Juni 1931 in dem Sinne Stellung genommen, daß bei voller Verwirklichung dem Reich und dem Staat in schwerer Zeit Opfer zu bringen, eine Sonderbelastung der Beamtenklasse als hart und unbillig empfunden werde. Betont wurde, daß die Erkenntnis von der durch das Staatsinteresse bedingten Notwendigkeit der Erhaltung eines staatsfreien, unantastbaren Berufsbeamtenstandes in alle Bevölkerungskreise dringen müsse.

Von dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Schneider wurden weiter die durch den Bericht der Sparkommission wieder angeregte Frage der Verwaltungsreform in Baden und die augenblicklich möglichen Sparmaßnahmen im Gebiet der inneren Staatsverwaltung eingehend erörtert. Den Abschluß bildete ein äußerst anregender Vortrag des Regierungsrats Dr. Dalchow, Berlin, über das Thema „Gedanken über die englische Verwaltung, insbesondere die Selbstverwaltung“. Der bisherige Vorstand wurde mit geringen, notwendigen Änderungen einstimmig wiedergewählt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Das überschrittene Tabakkontingent. Der Bezirksrat Mannheim hat sich gestern in eingehender Verhandlung mit den Beschwerten mehrerer Tabakpflanzler aus Ladenburg, Neß, Ostersheim und Plantstadt beschäftigt. Die Tabakpflanzler haben die ihnen zustehende Tabakanbaufläche überschritten und es bestand die Möglichkeit, daß das überschrittene Kontingent durch behördliche Anordnung vernichtet würde. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Tabakpflanzler hat der Bezirksrat jedoch beschlossen, von einer Verstrafung vorläufig abzusehen, da es sich bei den Beschwerten fast ausschließlich um Erwerbslose handelt, die durch ein Eingreifen der Behörde empfindlich geschädigt würden.

Das Ergebnis der Schwefinger Spargelmärkte. Nach den Feststellungen der Schwefinger Marktpolizei sind in dieser Saison 1855 Zentner Spargel über den Schwefinger Spargelmarkt gegangen, während es im Jahre 1930 1980 Zentner waren. Die Hauptproduktion ist in diesem Jahre fast ganz ausgefallen. 1930 gingen im ersten Drittel des Monats Juni schon 530 Zentner Spargel über den Schwefinger Markt, in diesem Jahre nur 97 Zentner. Es ist also gleich vom Be-

ginn der Kampagne ein Ernteverlust von rund 450 Zentnern zu verzeichnen, der nicht mehr eingeholt werden konnte. Der finanzielle Ertrag der Schwefinger Spargelmarkte ist äusserlich nicht genau zu erfassen. Er wird, nach der „Schwef. Ztg.“, auf rund 100 000 RM geschätzt.

Aus der Landesbauhauptstadt

Sonntagsruckschiffahrt an St. Peter und Paul. Anlässlich des Feiertags Peter und Paul werden am Montag, 29. Juni, Sonntagsruckschiffahrtarten ausgegeben. Mit den am 27., 28. und 29. Juni gelassenen Sonntagsruckschiffahrtarten muß die Ruckschiffahrt spätestens am Dienstag, 30. Juni, um 9 Uhr angetreten werden.

10 Jahre Badisches Reisebüro. Mit dem 25jährigen Jubiläum des Badischen Verkehrsverbandes kann zugleich das dem Verbande angeschlossene Badische Reisebüro als Generalvertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Vor dem Kriege bestanden in Baden nur zwei Reisebüros. Mit Übernahme der Generalvertretung des M.E.R. Berlin durch den Badischen Verkehrsverband begann auch eine fortschreitende Entwicklung des Reisebüromarktes in Baden, so daß heute insgesamt 15 Reisebüros vorhanden sind. Diese Büros stellen eine wertvolle Erleichterung des Reiseverkehrs dar.

Eine Millionenanleihe der Evangelischen Diakonissenanstalt in Karlsruhe. Die Badler Bankfirmen Ehinger & Co., A. Sarasin & Co. und Zahn & Co. haben eine 7proz. Anleihe der Evangelischen Diakonissenanstalt in Karlsruhe in Höhe von 1,25 Millionen Franken bewilligt, die durch Hypotheken im ersten Rang sichergestellt wird. Die Anleihe wird in den nächsten Tagen zum Parikurs zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Bei diesem Kredit handelt es sich um die Finanzierung des neuen Diakonissenhauses in Ruppurr, mit dessen Grundsteinlegung im Herbst begonnen werden soll. Das alte Diakonissenhaus soll bekanntlich in ein Armenhaus umgewandelt werden.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen: Unter dem Einfluß des mitteleuropäischen Hochdruckgebietes herrschte heute im ganzen Lande wolkenloses Wetter. Nachts war es sehr kühl. Die Tiefemperaturen lagen in der Ebene bei 8-10 Grad, auf der Baar nahe bei 0 Grad. **Voraussetzung für Sonntag:** Fortdauer des heiteren und trockenen Hochdruckwetters.

Wasserstände: Waldshut 887 -15, Basel 204 -12, Schutterinsel 265 -20, Rehl 402 -14, Maxau 602 +30, Mannheim 538 +26, Gaub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Juni	26. Juni		
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	169.38	169.72	169.39	169.72
Kopenhagen 100 Kr.	112.72	112.94	112.71	112.93
Italien 100 L.	22.04	22.08	22.04	22.08
London 1 Pf.	20.476	20.535	20.474	20.515
New-York 1 D.	4.222	4.223	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.473	16.513	16.473	16.513
Schweiz 100 Fr.	81.41	81.53	81.52	81.72
Wien 100 Schilling	59.165	59.285	59.15	59.27
Prag 100 Kr.	12.472	12.492	12.467	12.472

Deutsche Steingewerkschaft für Kanalisation und Chemische Industrie, Friedrichsfeld (Baden). Die ordentliche Generalversammlung am Freitag genehmigte die Regularien sowie die Ausschüttung einer sofort zahlbaren Dividende von 9 Prozent (15 Proz.) auf Stamm- und Vorzugsaktien. In der satzungsgemäß vorgenommenen Neuwahl des Aufsichtsrats wurden die seitherigen Mitglieder sämtlich wieder gewählt. Der Aufsatz ist in den abgelaufenen Monaten des laufenden Geschäftsjahres entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage gegenüber dem Vorjahre zurückgeblieben. Ob die amerikanische Silikation, auch wenn sie durchgeführt wird, für unseren Wirtschaftszweig für dieses Jahr noch von Bedeutung sein wird, kann wohl zur Zeit niemand beurteilen.

Gewerbe- und Handelsbank e. G. m. b. H. Baden-Baden. Die unter Vorsitz von Rechtsanwalt Neuburger stattgefundene Generalversammlung, welche von den Mitgliedern sehr zahlreich besucht war, hat nach längerer Verhandlung die Liquidation der Genossenschaft einstimmig beschlossen. Durch diesen Beschluß kann nunmehr die Vereinbarung mit der Bank Baden-Baden in Kraft treten, wonach diese die Guthaben von sämtlichen Spareinlegern und Kontoforrenteinlegern ablöst. Die beteiligten Banken haben sich bereit erklärt, ihre Forderungen zu stunden. Dadurch ist die Genossenschaft, daß die Liquidation in aller Ruhe durchgeführt werden kann. Zu Liquidatoren wurden mit großer Mehrheit gewählt: Volkswirt Dr. Ehrhardt und Bankbeamter Wilhelm Steinel.

Leonhardt Tisch AG. Die in Köln abgehaltene Hauptversammlung genehmigte den Abschluß mit 8 v. H. Dividende. Von der Verwaltung wurde bemerkt, daß die Ausbeutung abgeschlossen sei. Die Abschaffungen der Detailbetriebe von Tisch und Chape betragen in den Monaten Februar bis Mai 60,85 Mill. Reichsmark und waren somit noch nicht 9 v. H. niedriger als in der gleichen Zeit des Jahres 1930. Sie seien als gut zu bezeichnen, wenn man berücksichtigt, daß der Wert jedes einzelnen Kaufvorgangs über 50 v. H. niedriger war. Er gelang, die Unkosten den verminderten Umsätzen anzupassen.

Refordahlen bei der Schweizerischen Nationalbank. Der Ausweis der Schweizerischen Nationalbank von der dritten Juniwoche zeigt einen außergewöhnlichen Zuwachs des Goldbestandes von 151 747 013 auf 831 779 588 Schweizerfranken. Dies entspricht einer Golddeckung des Notenumlaufs von nicht weniger als 85 Prozent nominal. Die Höhe des Goldzuwachses wie auch der Prozentfuß der Golddeckung stellen in der Geschichte der Bank Refordahlen dar.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Lehrkurs im Aufbeschlag an den staatlichen Aufbeschlagsschulen.

Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Aufbeschlagsschulen wird am

Dienstag, den 1. September 1931

beginnen. Gesuche um Aufnahme sind spätestens bis zum 1. August 1931 an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will; später eingehende Zulassungsgesuche können nicht berücksichtigt werden.

Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.

Karlsruhe, den 24. Juni 1931.

Der Minister des Innern:
J. A. Imhoff.

Kurze Nachrichten aus Baden

Eine Gedächtniskapelle für Erzberger
 Bad. Griesbach, 26. Juni. Aus einer Spende, zu der führende Politiker aufgerufen hatten, ist in der Gemeinde Griesbach eine Kapelle errichtet worden, die dem Gedächtnis des 20 Minuten von Griesbach in einer Kurve der Kniebisstraße ermordeten Erzbergers gewidmet ist. Zum 10. Todestage Erzbergers, am 26. August 1931, soll diese Gedächtniskapelle im Beisein zahlreicher Parlamentarier und Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden feierlich eingeweiht werden. In den Gebäudekomplex des Kurhauses eingefügt, erhielt diese Gedächtniskapelle — als Hundschiff gebaut — ganz respektable Ausmaße und schließt sich der schönen Landschaft wie dem ruhigen Stil des Kurhauses vorteilhaft an.

Der „Müllerlied-Prozess“ vor der Freiburger Strafkammer
 D3. Freiburg i. Br., 26. Juni. Vor der Kleinen Strafkammer als zweiter Instanz kam heute die von Amts wegen durchgeführte Beleidigungsklage des Ministers Dr. Kemmele gegen 12 Einwohner der Stadt und dem Bezirk Mühlheim nochmals zur Aufrollung. Die Anklage fußt auf dem gesamten Vorgang vom 9. November 1930, als bei einer öffentlichen Versammlung in Mühlheim, in der Minister Dr. Kemmele sprach, 60 bis 70 Personen das Wanderlied: „Das Wandern ist des Müllers Lust“ anstimmten. Der von Dr. Kemmele gegen 12 Versammlungsteilnehmer gestellte Strafantrag wegen Beleidigung führte bei der Verhandlung vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Mühlheim zu einem Freispruch.

aller Angeklagten. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, über die heute entschieden wurde.

Nach nochmaliger gründlicher Beweisaufnahme gelangte auch die Strafkammer zu einem freisprechenden Urteil für sämtliche Angeklagten. In der Begründung heißt es: Der Text des Müllerliedes sei ein harmloser, der Stand des Müllers werde darin in keiner Weise herabgesetzt. Jedenfalls könne aus dem Vorklaut der Verse kein Angriff auf die persönliche Ehre des Klägers und Ministers erblickt werden. Anders läge der Fall, wenn der Minister zum Beispiel auf der Straße mit dem Riede belästigt worden wäre. Im vorliegenden Falle könne man eher von einer Hänselei oder Beulung sprechen; eine Verletzung des Strafgesetzes sei damit aber nicht verbunden.

Die Strafanträge im Heidelberger Wohnungsbauprojekt
 D3. Heidelberg, 27. Juni (Tel.). Nach einem über zweistündigen Plädoyer beantragte der Oberstaatsanwalt im Heidelberger Wohnungsbauprojekt heute mittag folgende Strafen: Gegen den Angeklagten Rechtsanwalt Müller wegen betrügerischen Bankrotts und Untreue 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den zweiten Angeklagten Kaufmann Goldschmidt 1 Jahr Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll anzurechnen werden.

bd. Freiburg i. Br., 26. Juni. Der neuernannte deutsche Gesandte in Peking, Dr. Trautmann, weist zur Zeit zu einer Kur in Glotterbad.

D3. Glotter, 26. Juni. Gestern abend entstand in der Wollfabrik der Gebrüder Düfner, vermutlich infolge Kurzschlusses an einem Elektromotor, ein Brand, durch den das gesamte dritte Stockwerk völlig ausbrannte. Die leicht brennbaren Materialien boten dem Feuer gute Nahrung. Nach dreistündiger Tätigkeit gelang es, eine Ausbreitung des Feuers zu unterbrechen. Der Schaden ist sehr beträchtlich, der Besitzer nur teilweise versichert.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 30. Juni bis 5. Juli 1931

Im Landestheater:

Dienstag, 30. Juni. * E 29. Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Vorunterführung. Von Alsbach und Hesse. 20 bis 22.30 (5.—).
 Mittwoch, 1. Juli. * A 29. Th.-Gem. III. S.-Gr., 1. Hälfte. Salome. Drama von Richard Strauss. 20 bis 21.30 (7.—).
 Donnerstag, 2. Juli. Volksbühne: Jubiläumsvorstellung. Zum erstenmal: Vor Spanenaufgang. Soziales Drama von Gerhart Hauptmann. 19.30 bis 22 (5.—).
 Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.
 Freitag, 3. Juli. * F 30 (Freitagmiete). Salome. Drama von Richard Strauss. 20 bis 21.30 (7.—).
 Samstag, 4. Juli. * C 29. Th.-Gem. 1901—1400. Urdine. Romantische Janberoper von Lehning. 20 bis 22.45 (7.—).
 Sonntag, 5. Juli. * B 30. Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky. 20 bis 23 (8.—).

Nur ein Preis — 95

Samstag, den 27. Juni beginnen unsere so ersehnten 95-Rpf.-Tage, der gewaltigste Einheitspreisverkauf des Jahres. Knopf vollbringt wahre Wunder in der 95-Rpf.-Preisliste. Dieser Preis beherrscht alle Abteilungen, alle Etagen, alle 11 Fenster

Verlangen Sie an den Kassen unseren 4seitigen Prospekt mit zahlreichen Beispielen unserer 95-Rpf.-Rekord-Angebote

KNOPF
 Karlsruhe

An Stelle des am 1. Oktober 1931 ausscheidenden Feuerschauers Gustav Gahmann in Friedrichstal wurde unterm 6. Juni 1931

Deutschniker August Maier in Weingarten
 zum Feuerschauer für die Gemeinden Blankenloch, Büchig, Friedrichstal, Graben, Hagsfeld, Liebelsheim, Rühheim, Spöck und Staffort ernannt und heute auf seinen Dienst verpflichtet.
 Karlsruhe, den 23. Juni 1931. D.3.45
 Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

Bei der Stadtgemeinde Breisach ist sofort die Stelle eines **Schuhmanns**

zu besetzen. Verlangt wird erfolgreicher Besuch der Polizeischule oder Mindestdienstzeit von 5 Jahren bei der staatlichen Polizei oder Gendarmarie. Beförderung erfolgt nach Gruppe III der städt. Beförderungsordnung. Bewerbungen sind bis spätestens 10. Juli 1931 an den Bürgermeister in Breisach zu richten. Die Stelle ist den Versorgungsämtern vorbehalten.
 Breisach, den 24. Juni 1931. 2.264
 Der Bürgermeister.

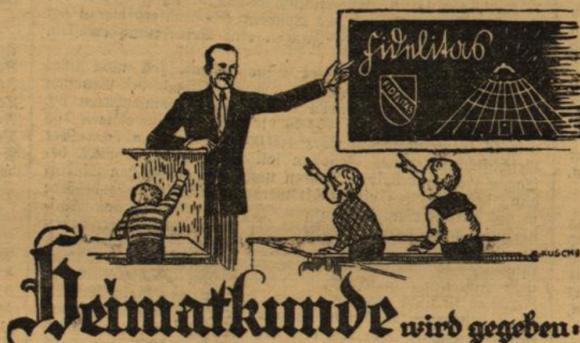
Gildwestf. Baugewerks-Berufsgenossenschaft
 Reichsunfallversicherung

Bekanntmachung
 I. Am 19. Juli 1931, vormittags 9 Uhr, wird im Sitzungssaal der Handwerkskammer in Konstanz die **49. ordentliche Genossenschaftsversammlung** abgehalten, zu der die Delegierten gemäß § 11 Artikel I der Satzung hiermit eingeladen werden. Anderen Mitgliedern der Genossenschaft, die nicht Vertreter zur Genossenschaftsversammlung sind, kann zu einzelnen Punkten der Tagesordnung Zutritt ohne Stimmrecht gewährt werden. 2.265

- Tagesordnung:**
1. Genehmigung der Niederschrift der 48. ordentlichen Genossenschaftsversammlung vom 20. Juli 1930;
 2. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht über das Jahr 1930 für Berufsgenossenschaft und Zweiganstalt;
 3. Prüfung und Abnahme der beiden Jahresrechnungen; Bericht der Rechnungsprüfer;
 4. Beschlussfassung über den Vorschlag der Verwaltungskosten für das Jahr 1932;
 5. Wahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses für 1932 zur Vorprüfung der Jahresrechnung für 1931;
 6. Besprechung des Jahresberichts für 1930 über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe; Ergebnisse der Beratung mit den Vertretern der Versicherer;
 7. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Krankheitsverhütungsvorschriften;
 8. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Gefahrtarifs;
 9. Bericht über die Haftpflichtversicherungsanstalt und die Unfallversicherungsanstalt des deutschen Baugewerbes;
 10. Entschädigungen der ehrenamtlichen Organe und der Vertreter der Versicherer;
 11. Berufungen an die Genossenschaftsversammlung in Haftpflichtsachen gemäß § 906 der Reichsversicherungsordnung;
 12. Verschiedenes.

II. Der Rechnungsabschluss der Zweiganstalt wird gemäß § 14 der Nebenordnung durch Aushang im Verwaltungsgebäude der Berufsgenossenschaft in Karlsruhe, Kriegsstraße 35, vom 20. Juli 1931 bis 4. August 1931 veröffentlicht.

Karlsruhe, den 26. Juni 1931.
 Der Genossenschaftsvorstand:
 Ferd. Doldt.



Heimatkunde wird gegeben.

Man bespricht hier unsre Stadt. Ihre Gründung, -Plan, -daneben Auch das Wappen, das sie hat. Wissen möchte der Herr Lehrer - (Auf „Fidelitas“ er weist) - Ob der jungen Schar der Hörer Auch bekannt sei, was dies heißt. Freudig ruft's: „Das wissen wir. Fidelitas ist Schrepp-Printz-Bier!“

Öffentliche Verbandsspartasse Königsbach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Rassenbestand	20 533,50	Spareinlagen	747 044,45
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postcheckamt	42 579,65	Aufwertungsspareinlagen	414 424,54
Wechsel	16 492,84	Giroeinlagen	4 591,71
Darlehen auf Hypotheken	546 489,25	Rücklagen:	
Darlehen in laufend. Rechnung an Private	70 749,93	a) Gehl. Reservefonds	37 581,80
Darlehen auf Schuldschein	157 801,68	b) Aufwertungsfonds	65 476,51
Sonstige Darlehen	17 100,—	c) Sonderrücklage	12 451,78
Aufwertungsdarlehen	390 154,17	Reingewinn vom Jahr 1930	17 439,68
Einnahmerückstände	37 108,45		
Gerätschaften	1,—		
	1 299 010,47		1 299 010,47

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 751 636,18 RM Einlagen = 37 581,80 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 51 153,77 RM
 Somit mehr = 13 571,97 RM

Königsbach, den 10. Juni 1931. N.532
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Fränkle.
 Der Geschäftsleiter: Schäfer.

PreiswerteQualitätsmöbel

jeder Art bei K.737
Erich Rudolff, Karlsruhe i. B.
 Ratenkaufabkommen
 Lammstraße 3. Telefon Nr. 1216

Die **billigste Wohnung** ist immer noch im Eigenheim mit großem Garten der

Schaffer-Siedlung

Auch Ihr Geld reicht!
 Gemeinschaftsspargruppen für Interessenten, welche nicht die volle Anzahlung haben. L.263
 A U S K U N F T
 Lammstr. 11, Tel. 7222 oder auf dem Siedlungs-Gelände

N.908. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Carl Fißel, Inhaber Carl Fißel, Kaufmann in Karlsruhe, Kaiserstraße 141, ist zur Anhörung der Gläubiger über den Antrag auf Einstellung des Verfahrens Termin bestimmt auf: Freitag, den 17. Juli 1931, nachmittags 4 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, den 22. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Konkursverfahren.
 N. 533. Freiburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stoecklin, Freiburg, findet Schlussverteilung statt. Verfügbar sind nach bereits bezahlter Abzgl. Bert. von 10%, 6 320,56 RM, welche unter 120 154,68 RM Nichtverpflichtungen verteilt werden und somit eine Dividende von 5 1/2% ergibt. Schlussverzeichnis liegt beim Amtsgericht A 2 Freiburg zur Einsicht offen. Freiburg, 26. Juni 1931. A. Kuhn, Konkr.-Verw., Räderstr. 5.

Badisches Landestheater
 Sonntag, den 28. Juni 1931
 Nachmittags
Der Hauptmann von Köpenick
 Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer
 Regie: Dr. Baag
 Mitwirkende:
 Ermath, Genter, Jant, Seiling, Rademacher, Hebeisen, Wüllich, Sauer, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf.

Boris Godunow
 Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky
 Dirigent: Artips
 Regie: Bruchsa
 Mitwirkende:
 Blant, Franz, Haberhorn, Seiberlich, Winter, Halle, Gospatz, Ralmbach, Kiefer, Löser, Rentwig, Ochsenkiel, Ritschl, Schoepfstein, Schuster, Straß, Lindemann, G. Ott
 Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2, Preise D (1—8 RM)
 Montag, 29. Juni 1931
 * C 29. Th.-Gem. 1101—1200
Ständchen bei Nacht
 Lustspiel von Leo Renz
 Regie: Herz
 Mitwirkende:
 Bertram, Ermath, Frauen-dorfer, Rademacher, Göder, Moebke, Müller, Wehner, Preiter, Schulze
 Anfang 20, Ende 22, Preise A (0,70—5 RM)
 Die 30.6. Vorunterführung. Mi. 1.7. Salome. Do. 2.7. Zum erstenmal: Vor Sonnenaufgang. Fr. 3.7. Salome. Sa. 4.7. Urdine. So. 5.7. Boris Godunow. Im Konkursverfahren: keine Vorstellung